

Auswirkungen von Privatisierung auf Verbraucherinnen und Verbraucher! Redebeitrag von Gunnar Stache auf der Auftaktkundgebung der Kölner Montagsdemonstration am 28. Februar 2005:

Die Privatisierung von Bahn und Post hat in den letzten Jahren eine Fülle von einschneidenden negativen Folgen für Verbraucherinnen und Verbraucher mit sich gebracht. Gerade aktuell können wir es auch bei den Gaspreisen erleben, wie die Verbraucher ausgenommen werden wie die Weihnachtsgänse!

Und all das kommt noch hinzu zu sinkenden Reallöhnen, zu Belastungen durch die Gesundheitsreform, zu sinkenden Renten und vor allem zu Hartz IV! Es reicht! Es wird Zeit für Widerstand gegen diese Politik, es wird Zeit für grundlegende Veränderungen!

Von der Bundesbahn sagt man, sie sei eine Behörde gewesen, und sie habe gearbeitet wie eine gut organisierte Firma. Und da ist was dran! Eine Fülle von fahrgastfreundlichen Innovationen gab es bei der Bundesbahn! Das Intercity-System, die Elektrifizierung des größten Teils des Streckennetzes, die Einführung des Interregio-Verkehrs, die Sparpreise und Super-Sparpreise - all das waren Innovationen, die man nicht unbedingt von einem Unternehmen erwartet, das wie eine Behörde organisiert ist. Nicht zuletzt: Die Deutsche Bundesbahn war pünktlich. Und sie hatte einen schönen und damals auch zutreffenden Werbespruch: Alle reden vom Wetter, wir nicht. Was bedeutete, und auch so war: Unabhängig von den Witterungs- und Straßenverhältnissen war die Bahn pünktlich und zuverlässig.

Die Bundesbahn war also geradezu ein Musterbeispiel dafür, daß auch ein Betrieb, der wie eine Behörde organisiert ist, erstklassige Leistungen zu zivilen Preisen erbringen kann! Und sie ist ein Musterbeispiel dafür, daß ein solcher Betrieb auch sehr wohl in der Lage sein kann, innovativ zu sein und an der Spitze des Fortschritts zu stehen.

Zudem ist die Bahn ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht geworden! Sie hat ein umweltfreundliches Verkehrsangebot bereitgestellt, sie hat in hohem Maße ausgebildet, die Unfallzahlen waren vorbildlich niedrig - damals war die Bahn das sicherste Verkehrsmittel! Sie hat hunderttausenden von Menschen Brot und Arbeit gegeben, sie hat sichere Arbeitsplätze und humane Arbeitsbedingungen geboten.

Mit der Umwandlung der Bahn in eine Aktiengesellschaft, wir wissen es, ist alles anders geworden. Die Bahn AG ist eine Aktiengesellschaft, und man sagt ihr nach, sie arbeite wie eine schlecht organisierte Behörde!

Und da scheint eine Menge dran zu sein!

Die Bahn ist ein Musterbeispiel im negativen Sinne für Unpünktlichkeit, Unzuverlässigkeit und Kundenfeindlichkeit geworden. Das neue Preissystem war ein einziger Flop. Hunderttausende Bahner haben ihre Arbeit und ihre Lebensperspektive verloren, und diese Entwicklung geht immer weiter.

Das attraktive Interregio-Netz wurde völlig zerschlagen, der Verkehr in der Fläche wird immer mehr ausgedünnt. Mangels attraktiver Bahnangebote nimmt der umweltzerstörende Autoverkehr immer mehr zu. Die Bahnhöfe werden zu Einkaufszentren mit Gleisanschluß umgebaut, die Reisequalität bleibt auf der Strecke.

Die Reisenebenkosten explodieren, das fängt an bei den Preisen für die Toilettenbenutzung und hört bei den teuren Schließfächern, sofern es sie überhaupt noch gibt, noch lange nicht auf.

Unterm Strich ist all das noch viel teurer als die Bundesbahn. Die Bundesbahn hat was geboten fürs Geld. Und z.B. die wegrationalisierten Bahner sind ja nicht „weg“, sondern müssen weiterhin irgendwovon leben, und sei es von Hartz IV; die Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz mehr bei der Bahn finden, müssen auch irgendwovon leben; und wir alle bezahlen mit dem Verlust an Lebensqualität, mit dem Verlust an Reisequalität, und vor allem mit unseren Steuergeldern dafür, daß die in Jahrzehnten aufgebaute Bahn-Infrastruktur an irgendwelche Investoren verramscht werden soll!

Eine gute Bahn kann nicht profitorientiert sein. Eine Bahn, die Profite erwirtschaften muß, ist eine schlechte Bahn. Eine gute Bahn muß natürlich wirtschaftlich arbeiten, aber sie darf nicht profitorientiert sein! Die Bundesbahn war eine gute Bahn!

Wir lehnen die Privatisierung der Bahn ab! Die Organisation des Bahnverkehrs ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und darf nicht auf privaten Profit orientiert sein!

Kommen wir zur Post. Dort gibt es ganz ähnliche Entwicklungen, mit zum Teil sogar noch schlimmeren Auswirkungen. Zehntausende von Briefkästen wurden abgebaut, sogar an Bahnhöfen, vor Altersheimen, vor Krankenhäusern. Ganz aktuell sollen alle Poststellen in Orten unter 2000 Einwohnern geschlossen werden.

In Köln-Mülheim gab es einmal 5 Postfilialen, jetzt nur noch eine. Sogar unter kapitalistischen Bedingungen macht das bei der Post keinen Sinn. Die volkswirtschaftlichen Kosten liegen um vieles über dem Profit der Post. Praktisch jede Anwaltskanzlei, jede Arztpraxis, jede Apotheke hat mehrmals in der Woche Einschreiben oder Päckchen zu verschicken. Nach der Privatisierung der Post bedeutet das längere Anfahrtswege, längere Parkplatzsuche, lange Zeit in der Warteschlange, und dazu noch drastisch erhöhte Kosten für Porto, besonders bei Einschreiben und Päckchen.

Wenn irgendwo auf der Straße eine Autoschlange entsteht, kommt gleich der Ruf nach mehr Straßen auf. Nur an den Schlangen in der Post scheint sich kaum jemand zu stören. Der Ruf nach mehr Poststellen ist jedenfalls sehr leise. Wird Zeit, daß wir ihn erheben. Dann aber nicht nur als Ruf nach mehr Poststellen, sondern natürlich als Forderung, die Privatisierung der Post rückgängig zu machen!

Die dreistesten Preiserhöhungen bei der Post treffen die Endverbraucher. Nachsende- und Lagerungsantrag haben bis vor wenigen Jahren garnichts gekostet, jetzt kosten sie schon für wenige Tage fast 10 Euro. Das ist eine Abzocke der unverschämtesten Art. Bei einem Kurzurlaub ist dann die Postlagerung bald genauso teuer wie ein Flug nach Rom!

Genug zur Post, wir alle leiden genug darunter, es wird Zeit, daß wir uns wehren. Daß wir fordern, die Privatisierung der Post rückgängig zu machen!

Wir brauchen keine Post, die Global Player unter anderen Logistik-Konzernen ist, sondern wir brauchen und fordern eine Post, die zuverlässig, kundenfreundlich und kostengünstig ihre Aufgaben erfüllt!

Ein interessantes Thema sind auch die Gas- und Strompreise. Ich nehme hier mal die Strompreise, weil an diesem Beispiel auch sehr deutlich die jämmerliche Rolle der traditionellen Verbraucherlobby wird, etwa die der Zeitschrift „test“.

Also, die Zeitschrift „test“ hat im Februarheft 2005 was zu den steigenden Strompreisen geschrieben. Die folgende Passage aus einem dort veröffentlichten Interview ist es durchaus wert, zitiert zu werden. Es geht um die Ursachen der Strompreiserhöhungen, und die werden so begründet:

„Der eigentliche Grund dürfte in den erhöhten Renditeanforderungen der Energiekonzerne liegen. Die exorbitant gestiegenen Gewinne in den letzten beiden Jahren zeigen die erfolgreiche Umsetzung dieser Shareholder-Value-Philosophie“.

Statt also die Profitgier und die Profite der Energiekonzerne anzuprangern, werden sie verharmlosend und verschleiern als „erhöhte Renditeanforderungen“ bezeichnet. Statt der Ausplünderung der Verbraucherinnen und Verbraucher wird der Nutzen für die andere Seite betont, die erfolgreiche Umsetzung der Aktionärsinteressen!

Wie wär's denn mal mit einer erfolgreichen Vertretung der Verbraucherinteressen durch die Stiftung Warentest, statt solcher verharmlosenden Umschreibungen und der Betonung der Interessen der Produzenten-Seite? Diese Ausführungen in der Zeitschrift „test“ machen sehr deutlich, daß wir von etablierten Verbraucherorganisationen nichts zu erwarten haben. Die hängen am Tropf öffentlicher Mittel und trauen sich nicht, auch nur einen kritischen Mucks von sich zu geben!

Unsere Forderungen dagegen müssen dahin orientieren, diese Energiekonzerne (wieder) zu verstaatlichen, die Besitzverhältnisse so zu organisieren, daß der Gemeinnutz und nicht der private Profit im Vordergrund steht. Das Ziel muß es sein, aus diesen Konzernen Betriebe zu machen, deren Aufgabe die Bereitstellung von umweltfreundlich gewonnener und kostengünstiger Energie ist. Das Geld ist da - allein mit den Profiten der Energiekonzerne in den letzten beiden Jahren könnte man einen großen Teil der Energieerzeugung auf regenerative Energie umstellen. Im übrigen weiß man ja auch, daß genauso wie die Autokonzerne auch die Stromkonzerne viele Abgeordnete auf ihrer Gehaltsliste haben! Auf diese Weise sorgen die Energiekonzerne dafür, daß die quasi abhängig gemachten Abgeordneten nichts tun, das ihren Interessen entgegenläuft!

Wenn wir wollen, daß sich etwas ändert, müssen wir schon selber aktiv werden!

Copyright-Hinweis: Dieser Text ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte beim Urheber, Kontakt: Gunnar.K@t-online.de Für die Druckfassung wurde der Text überarbeitet. Weiterverbreitung und Veröffentlichung sowie Nutzung durch Montagsdemo-Initiativen sind erwünscht.

Forderungen von Mail-Services und Internet-Providern nach Rechten an den von ihnen übermittelten Texten und Daten werden zurückgewiesen.